

Postulat Rolf Zbinden, PdA Pensionskassengelder für sozialen Wohnungsbau nutzen!

In der Schweiz sind ca. 650 Milliarden Franken in der zweiten Säule angelegt. Die Anlagepolitik der Pensionskassen bestimmt zu einem erheblichen Teil, wo in der Schweiz investiert wird. Das Beispiel der Bernischen Lehrerversicherungskasse zeigt dabei beispielhaft, dass keinerlei Garantie besteht, dass diese Pensionskassen eine Anlagepolitik im Interesse ihrer Versicherten machen.

Die Stadt Bern hat eine eigene Pensionskasse, die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern. Sie ist innerhalb der auf Bundesebene vorgegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen in ihrer Anlagepolitik frei. Sie kann insbesondere die Gelder der Versicherten dort investieren, wo dies den Versicherten direkt zugute kommt: im Bau bezahlbarer Wohnungen nämlich.

Wenn Wohnungen vermietet werden, übertrifft die Nettorendite den Mindestzinssatz des BVG problemlos. Ausserdem fallen keine Gebühren an institutionelle Vermögensverwalter an. Ein viel stärkeres Engagement der städtischen Pensionskasse wäre daher ohne Weiteres möglich. Dabei liegt es nahe, die Pensionskassengelder insbesondere in den Wohnungsbau in der Stadt Bern zu investieren.

Ich ersuche daher den Gemeinderat:

1. dafür besorgt zu sein, dass die städtische Pensionskasse einen möglichst grossen Anteil der von ihr verwalteten Gelder im Bereich des Wohnungsbaus investiert, insbesondere in den sozialen Wohnungsbau in der Stadt Bern.
2. die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeberin in der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern, insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter in der Verwaltungskommission dieser Institution, zu verpflichten, sich für Investitionen im Wohnungsbau, vorrangig im sozialen Wohnungsbau in der Stadt Bern, einzusetzen.

Bern, 29.3.07